

„Im Schatten des Minarets“ Moscheebaukonflikte in Deutschland

Der Islam wird sichtbarer. Diese stärkere Sichtbarkeit manifestiert sich nicht zuletzt in einer zunehmenden Anzahl von repräsentativen Moscheen, die in Deutschland geplant und gebaut werden. Moscheebauprojekte sind oft Auslöser für hitzige Debatten. In zumeist aufgeregter medialer Diskussion wird über das Für und Wider heftig gestritten. Befürworter der Moscheebauten beziehen sich konsequent auf das deutsche Grundgesetz, das ungestörte Religionsausübung garantiert. Neben teils mehr oder weniger offen benannten religiösen und kulturellen Ressentiments werden bei den Gegnern diesbezüglicher

Bauvorhaben Unsicherheiten und Unklarheiten über den ausschließlichen Funktionszweck einzelner Moscheebauprojekte angeführt.

Welches sind die Streitpunkte und Konfliktdimensionen, die im Zusammenhang mit Moscheen und Moscheebauprojekten immer wieder auftauchen? Warum fallen Moscheebaukonflikte bisweilen so heftig aus? Was sind die Herausforderungen bei Moscheebauprojekten und wie kann mit den Konflikten konstruktiv umgegangen werden?



INHALT

Johannes Kandel: Einführung in die Thematik	3
Thomas Schmitt: Die Mehrdimensionalität von Moscheebaukonflikten	5
Zusammenfassung der Podiumsdiskussion <i>Moscheebaukonflikte in Deutschland</i>	7
1. Raumbezogenen Dimension	7
2. Religionsbezogene Dimension	8
3. Ethnisch-kulturelle Dimension	9
4. kommunikationsbezogene Dimension	12
Biogramme der Referentinnen und Referenten	14



Oktober 2008

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-7145

Text: Julian Höbsch

Redaktion: Tobias Mörschel

Fotos: Titel: picture-alliance/dpa/Rolf Vennenbernd
Innen: Joachim Liebe

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign
Druck: braunschweig-druck GmbH

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Johannes Kandel

Einführung in die Thematik

Seit der Islam in Europa immer sichtbarer und hörbarer wird, reißen die Diskussionen über bestimmte religiöse Symbole, Artefakte und Praktiken nicht mehr ab. 2003 war es in Deutschland das Kopftuch, das im Fokus heftiger Kontroversen stand. Vielen Menschen, ob religiös oder nicht, ist die neue Sichtbarkeit des Islam fremd und unheimlich, sie reagieren mit Abwehr und Abgrenzung, während andere zur Toleranz und „Anerkennung“ des Islam aufrufen. Hinter den Kontroversen verbirgt sich eine Kernproblematik, die wir seit Jahren diskutieren: Wie viel Religion im öffentlichen Raum verträgt die säkulare, demokratische Gesellschaft? Wie gehen wir mit Wahrheitsansprüchen von Religionen um, die erklärtermaßen auch in die Gesellschaft hineinwirken wollen? Welche Möglichkeiten hat der Staat, die „Plausibilität“ von religiös begründeten auch politisch relevanten Geltungsansprüchen zu prüfen? Wie weit reicht der Schutzbereich von Religionsfreiheit? Und welche Grenzen hat Religionsfreiheit?

Es muss hier nicht eigens betont werden: Der Bau einer Stätte des Gottesdienstes ist durch das Grundrecht auf Religionsfreiheit nach Art. 4 GG garantiert, das durch zahlreiche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts konkretisiert worden ist. Doch ist diese Freiheit auch nicht grenzenlos und unterliegt im Blick auf den Moscheebau auch konkreten Regeln, zum Beispiel des Bundesbaurechts. Muslimische Moscheebausträger



haben die Erfahrung gemacht, dass der Weg vom Bauantrag bis zur Baugenehmigung lang und schwierig sein kann. Wie aktuelle Konflikte aus verschiedenen Regionen Deutschlands zeigen – zum Beispiel München, Frankfurt, Köln und Berlin –, geht es dabei nicht nur um baurechtliche und verkehrliche Probleme, den Ort und die Gestalt der Moschee (zum Beispiel die Höhe des Minaretts), sondern auch um den Namen der Moschee sowie um die konkreten Funktionen, die der Moschee vom Moscheebausträger zugewiesen werden. Die Multifunktionalität einer Reihe geplanter Moscheebauten, die sich in dem Namen „Islamisches Zentrum“ ausdrückt, hat Kritik und Befürchtungen ausgelöst, hier würden nicht nur gottesdienstliche Räume errichtet, sondern zugleich politische Machtansprüche erhoben. Der legitime Wunsch der Moscheebausträger, eine würdige Stätte des Gottesdienstes, der religiösen Bildung und der sozialen Kommunikation zu schaffen, muss vor dem Hintergrund ernst zu nehmender Ängste so bearbeitet werden, dass sozialer

Friede gewahrt bleibt. Gefordert sind nicht nur die staatlichen Behörden, sondern ganz wesentlich die zivilgesellschaftlichen Organisationen, ein Klima der Offenheit, Transparenz und des gleichen Respekts divergierender Positionen zu schaffen. Notwendig werdende Kompromisse müssen unter Beteiligung aller in der Kommune Betrof-

fenen erarbeitet werden. Fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Attacken muss genauso entschieden entgegengetreten werden wie verhindert werden muss, dass Religionsfreiheit für verfassungsfeindliche politische Zwecke missbraucht wird.



Thomas Schmitt

Die Mehrdimensionalität von Moscheebaukonflikten

Der Islam ist heute sichtbarer als noch vor wenigen Jahren. Davon zeugen insbesondere repräsentative Moscheebauten, die seit den 1980er Jahren immer häufiger geplant und realisiert werden und die bis dahin kaum auffallenden „Hinterhofmoscheen“ als Bet- und Versammlungsräume ablösen. Fast jedes der jüngeren Moscheebauprojekte wird von heftigen Konflikten und Debatten begleitet, wie das Beispiel der geplanten Moschee in Köln-Ehrenfeld zeigt. Der Publizist Ralph Giordano kritisierte das Bauprojekt und löste damit eine bundesweite Diskussion über repräsentative Moscheebauten aus. Das Kölner Beispiel zeigt deutlich, dass Moscheebaukonflikte immer in einen übergreifenden Diskurs über Zuwanderung und Integration im Allgemeinen und über „den Islam“ im Speziellen eingebettet sind. Baukonflikte stellen dabei nur ein Konfliktfeld unter anderen dar, wie etwa der Diskussion über Kopftücher, dem Streit über die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie oder der Debatte über Islamismus.

In der Auseinandersetzung über die Realisierung von Moscheen kommt es häufig zu Missverständnissen sowohl auf Seiten der Muslime als auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft. Dem vom Recht auf Religionsfreiheit gestützten Wunsch auf ein eigenes Gebetshaus stehen baurechtliche und stadtplanerische Überlegungen entgegen. Befürchtungen der Anwohner, ihr Viertel könnte entfremden, tragen zusätzlichen Diskussionsstoff in die



Debatte. An diesem Punkt wird deutlich, dass Moscheebauprojekte ein vielfaches Konfliktpotential bergen. So wurde beispielsweise in Bobingen bei Augsburg der geplante Bau eines Minarettts an eine bereits bestehende Moschee Auftakt eines langwierigen Streits. Die Gegner brachten vor, das Minarett störe das Ortsbild. Erst nach jahrelanger Auseinandersetzung inklusive Gerichtsprozessen einigte man sich darauf, dass die Höhe des Minarettts anstatt 25 nur 20 Meter betragen solle. Letztlich verzichtete die Moscheegemeinde auf den Bau. Im Gegensatz dazu zeigt das Beispiel des Moscheebaus in Lauingen, dass eine repräsentative Moschee auch ohne größere Konflikte errichtet werden kann und in der Folge zur Integration der Muslime beiträgt. Nach Fertigstellung der Moschee wurde der Moscheeverein stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen und aktiv in das öffentliche Leben einbezogen.

Der Streit über Moscheebauten entzündet sich meist an als repräsentative Moscheen geplanten

Projekten. Dabei spielen die Medien eine große Rolle. Gelegentlich einseitige und verfälschende Darstellungen der Situation können zu einer Verschärfung des Konflikts führen. Im Fall der Bobinger Moschee stellte die Bild-Zeitung eine Münchner Moschee als die Bobinger dar und suggerierte durch einen perspektivisch-verzerrenden Bildvergleich der Münchner Moschee mit der Bobinger Kirche ein nicht der Realität entsprechendes Größenverhältnis beider Bauwerke zu Gunsten der Moschee. Die Moschee erschien größer und wuchtiger als die Kirche und stellte sie vermeintlich in den Schatten.

Moscheen sind religiös-symbolträchtige Bauten und somit interpretationsoffen. Im Fall des Bobinger Moschee-Kirche-Vergleichs wurde suggeriert, der Islam sei dem Christentum überlegen, was auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft als Bedrohung der eigenen, christlichen Identität empfunden werden konnte. Auf der anderen Seite kann ein erfolgreicher Moscheebau als Ankommen der Muslime in der Mehrheitsgesellschaft und als Bekenntnis zu jener gedeutet werden. Man baut nur dort ein Haus, wo man auch bleiben möchte, und die Moschee ist in diesem Fall ein Symbol für sich vollziehende und gelingende Integration.

Bei den Konflikten um Moscheebauten lassen sich vier Dimensionen unterscheiden, innerhalb derer der Streit ausgetragen wird. Dies sind 1) die raumbezogene Dimension, 2) die ethnisch-kulturelle Dimension, 3) die religionsbezogene Dimension und 4) die kommunikationsbezogene Dimension.

Die *raumbezogene Dimension* umfasst Aspekte, die Moscheen als Bauwerke an einem bestimmten Ort betreffen. Dazu zählen Fragen nach baurechtlicher Zulässigkeit, nach Parkplatzproblemen und Verkehrsanbindung. Weiterhin fallen darunter Befürchtungen der Anwohner, Mieteinnahmen würden in Nachbarschaft von Moscheen sinken, sowie architektonisch-ästhetische Fragen.

Die *ethnisch-kulturelle Dimension* bezieht sich auf das wechselseitige Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und Muslimen. Zentral sind dabei folgende Aspekte: Wie gestaltet sich das Zusammenleben? Gibt es aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft Furcht vor Veränderung und vermeintlicher Orientalisierung? Lässt sich Fremdenfeindlichkeit beobachten?

Die *religionsbezogene Dimension* stellt religiöse und theologische Aspekte ins Zentrum und bezieht sich auf Moscheebaukonflikte vor allem Fragen des muslimisch-christlichen Dialogs. Dazu zählen Fragen wie: Existiert lediglich religionsübergreifende Moscheebaukritik oder wird auch binnenreligiöse Kritik geäußert? Wie reagieren nicht-muslimische Anwohner auf mögliche Missionsbemühungen im Umkreis von Moscheen?

In der *kommunikationsbezogenen Dimension* steht der Kommunikationsaspekt bzw. das Thema des Austauschs zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft im Mittelpunkt. Dazu zählen Fragen wie: Gibt es eine funktionierende Kommunikation zwischen Muslimen und der Mehrheit vor allem in Bezug auf den Moscheebau? Welche Probleme in der Kommunikation lassen sich ausmachen und welche Strategien existieren, um die Kommunikation zu verbessern?

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion *Moscheebaukonflikte in Deutschland*

Im Folgenden werden die wesentlichen Argumente und Positionen der Podiumsdiskussion *Moscheebaukonflikte in Deutschland* anhand der vier von Thomas Schmitt identifizierten Dimensionen von Moscheebaukonflikten dargelegt. Es diskutierten Dr. Rita Breuer (Islamwissenschaftlerin), Ian Johnson (Journalist), Dr. Angela Joost (Soziologin), Dr. Thomas Schmitt (Stadtgeograph) sowie Abdul Basit Tariq (Imam). Moderiert wurde die Veranstaltung Diskussion von Jörg Lau (ZEIT).

1. Raumbezogene Dimension

Das Konfliktpotential innerhalb der raumbezogenen Dimension erwächst aus der (geplanten) architektonischen Konfrontation einer als fremd wahrgenommenen Moschee mit einer als kohärent und harmonisch empfundenen Umgebung. Die Moschee stellt in diesem Zusammenhang ein exotisches Bauwerk mit einer fremden Architektursprache dar und wirft dadurch Fragen nach der eigenen Identität auf und stellt sie möglicherweise in Frage. Ein bisher bekanntes und vertrautes Stadtviertel droht zu „entfremden“ (Breuer). Damit ist die Befürchtung verbunden, dass ein solch entfremdetes Stadtviertel Probleme für die muslimische Jugend birgt. Dort aufwachsende muslimische Jugendliche seien Einflüssen ausgesetzt, „die nicht gerade integrationsfördernd“ (Breuer) sind. Durch das Predigen fundamentalistischer Inhalte, wie es in Moscheen teilweise geschieht,



Yavuz Selim Sultan Moschee in Mannheim

wird ein Weltbild vermittelt, in welchem der Islam mit Deutschland als säkularem Staat schwer zu vereinbaren scheint.

Andererseits belegt zum Beispiel die Moschee in Mannheim, dass es zu einer gelungenen Integration der Moschee ins Stadtbild kommen kann. „Sie versucht recht geschickt, sowohl außen als islamischer Sakralbau kenntlich zu sein als auch auf postmoderne und moderne Architektursprache zurückzugreifen“ (Schmitt). Überdies vermag eine repräsentative Moschee einen besseren, würdigeren Rahmen zu setzen, der einen positiven Einfluss auf Begegnungen sowie auf die Integration von Muslimen haben kann (Schmitt). Eine repräsentative Moschee wirkt einladender und freundlicher und ist für Begegnungen angemessener als eine dunkle, enge Hinterhofmoschee.



Dr. Rita Breuer

Die Größe einer Moschee bietet in diesem Kontext oft Anlass zu Kontroversen. Zwei Möglichkeiten sind denkbar: Eine wohnortnahe kleine Moschee mit Platz für die Moscheegemeinde oder eine große Zentralmoschee, die mehr Gläubigen Platz bietet, als die Gemeinde Mitglieder zählt. Breuer spricht sich hierbei für eine Moscheegröße in Abhängigkeit von der konkreten Nutzerzahl und damit für wohnortnahe Moscheen aus. Die Moscheegröße sei jedoch immer in Relation zu ihrer konkreten Nutzerzahl zu sehen.

Bezogen auf die Leitfrage bleibt festzuhalten, dass Moscheebaukonflikte in Bezug auf die raumbezogene Dimension deshalb so heftig ausfallen können, weil einer von den Standards der Mehrheitsgesellschaft abweichenden Raumgestaltung durch Moscheevereine eine Haltung zur Segregation zugeordnet wird. Eine exotisch aussehende Moschee wird als Ausdruck für fehlende Bereitschaft zur Integration empfunden. Außerdem scheint aus Perspektive der Mehrheitsgesellschaft das Eigene und Bekannte durch fremd aussehende Bauwerke angegriffen zu werden.

2. Religionsbezogene Dimension

Der religionsbezogenen Dimension lassen sich zwei Themenfelder zuordnen: islaminterne Moscheebaukritik und Mission. Kritik an Moscheebauten wird nicht nur von Seiten der Mehrheitsgesellschaft geäußert, sondern auch von Muslimen selbst. Zudem befürchten Anwohner häufig, nach einem Moscheebau komme es zu verstärkten Missionsbemühungen von Muslimen.

Oft wird in der Diskussion über Moscheebauten angenommen, Muslime seien kategorisch für Moscheeneubauten und große Teile der Mehrheitsgesellschaft prinzipiell dagegen. Breuer und Lau weisen hingegen darauf hin, dass diese Annahme vorschnell getroffen und eine differenziertere Betrachtung der muslimischen Perspektive nötig sei. Kritik an Moscheebauten wird auch innerhalb der islamischen Community geübt, die an einer guten Reputation interessiert ist. Wenn beispielsweise ein bestimmter Moscheeverein ungeschickt agiert oder ein problematisches Moscheebaukonzept verfolgt, färbt dies auch auf die nicht unmittelbar betroffene islamische Community ab. Als Reaktion darauf kommt es mitunter zu binnenreligiöser Kritik von Muslimen an anderen Moscheevereinen, die jedoch nicht immer öffentlich geäußert wird oder einer breiten Öffentlichkeit bekannt ist.

Das zweite Themenfeld der religionsbezogenen Dimension von Moscheebaukonflikten ist die Annahme, dass Moscheen Ausgangspunkt für Mission (arab. *da'wa* = Einladung) seien. Anwohner befürchten zunehmende Missionsbemühungen und damit einhergehende Beeinträchtigungen

durch Muslime. In diesem Fall ist es nicht die Moschee an sich, sondern die Moschee als Missionsstützpunkt, die explizit abgelehnt wird. Das Gebäude als Gebets- und Versammlungsort wird akzeptiert, allerdings hegt man Vorbehalte gegen einen Stützpunkt zur Missionierung der nicht-muslimischen Gesellschaft (Johnson). Konträr dazu ist aber auch eine andere Einstellung denkbar. In der heutigen Zeit ist der Einzelne permanent politischen und/oder kommerziellen Botschaften ausgesetzt. Mission, verstanden als zusätzlich religiöse Botschaft, ist dann nur eine weitere Form von Werbung, die das Individuum in eigener Verantwortung für sich akzeptieren oder ablehnen kann (Schmitt). Islamische Mission ist jedoch nicht nur auf Nichtmuslime bezogen, sondern ist, ähnlich wie Moscheebaukritik, weiter zu differenzieren. Mission im Islam zielt „immer erst auf die eigenen Leute“ (Breuer) und ist weniger darum bemüht, die Mehrheitsgesellschaft zu bekehren. Das Unbehagen vor muslimischer Mission seitens der Mehrheitsgesellschaft gründet häufig in der Furcht, fundamentalistische Interpretationen zu begünstigen. So könnten zum Beispiel säkular lebende Muslime zu einer von einer traditionell-konservativen islamischen Auslegung als richtig angesehenen Lebensweise gedrängt werden (Breuer).

Die Mehrheitsgesellschaft verbindet mit der Moschee teilweise die Vorstellung einer Missionszentrale, was den Konflikt emotional auflädt. Mission ist in diesem Zusammenhang negativ konnotiert und führt zu Abwehrreaktionen gegen Moscheen. Im Hinblick auf die binnenreligiöse Kritik an Moscheebauten wird jedoch deutlich, dass die Konfliktlinien nicht nur zwischen Mehr-



Ian Johnson

heitsgesellschaft und Muslimen verlaufen, sondern dass Moscheekonflikte vielschichtiger sind, als sie auf den ersten Blick scheinen.

3. Ethnisch-kulturelle Dimension

Die ethnisch-kulturelle Dimension von Moscheebaukonflikten beinhaltet die zahlenmäßig größte Anzahl von Themenfeldern. Sie umfasst 1.) alltagsbezogene Konflikte, 2.) Interpretierbarkeit von Moscheen, 3.) Moscheebau und Rechtsextremismus sowie 4.) Überforderung der Moscheebauvereine.

Alltäglichen Begegnungen zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft wird oft eine verbindende und dialogische Funktion zugeschrieben, sie müssen aber nicht zwangsläufig zu gegenseitigem Kennenlernen führen, sondern können auch konfliktverschärfend wirken. Zunächst fällt darunter die bereits erwähnte neue Sichtbarkeit des Islam. Der Islam wird „dauerhafter Bestandteil dieser Gesellschaft sein“ (Breuer), was zu einer Zunahme bzw. einer Pluralisierung religiöser Symbole im öffentlichen Raum führt. Diese Präsenz

mag von manchen als Eindringen in einen geschlossenen (christlichen) Raum empfunden werden. Des Weiteren weist Breuer auf eine junge Generation von Muslimen hin, die sich zunehmend in Diskussionen einschaltet und, anders als ihre Eltern, besser in der Lage ist, an der Debatte teilzuhaben. Sie sprechen fließend Deutsch, kennen die Institutionen, wissen, wie man seine Interessen vertritt, und beherrschen die diskursiven Spielregeln. Die jungen Muslime sind heute besser in der Lage, sich einem Konflikt zu stellen und ihre Position zu vertreten.

Bei zu einseitiger und unausgewogener Berichterstattung können Medien die Konflikte befördern. Hinzu kommt ein wachsendes Bewusstsein für Religionsfreiheit in der Mehrheitsgesellschaft. Religionsfreiheit hat Grenzen und ist nicht teilbar. So erscheint es vielen als paradox und schwer nachvollziehbar, wenn Muslime in Deutschland Religionsfreiheit beanspruchen und in muslimischen Ländern diese anderen religiösen Gruppen nicht oder nur teilweise gewährt wird. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft fragen, ob es legitim ist, wenn Muslime in Deutschland Religionsfreiheit in Anspruch nehmen möchten, obwohl in islamischen Ländern religiöse Minderheiten unterdrückt werden (Reziprozitätsforderung).



Dr. Rita Breuer und Jörg Lau

Konflikte lassen sich aber nicht nur beschreiben, sondern im nächsten Schritt auch interpretieren. So ist es unangebracht, kritische Fragen an Muslime aus Sicht von Experten als illegitim oder absurd zu bezeichnen, da sich in solchen Fragen reale Befürchtungen der Mehrheitsgesellschaft manifestieren. Ebenfalls signalisieren Fragen das Interesse der Mehrheitsgesellschaft an anderen Religionen und belegen die generelle Bereitschaft, sich mit dem Islam auseinanderzusetzen (Lau). Erst durch die Auseinandersetzung wird weiterhin überhaupt eine detaillierte und differenzierte Sicht ermöglicht. Sich kennenzulernen impliziert Dialog und damit auch (kritische) Nachfragen. Nur wenn über diese debattiert wird, kann sich der Einzelne von pauschalen Vorurteilen abgrenzen.

Moscheebaukonflikte können somit auch als „Geburtshelfer“ (Joost) für tiefer liegende Fragen betrachtet werden, die bereits länger in der Mehrheitsgesellschaft bestanden, ohne dass es einen Anlass gab, diese zu stellen. In solchen Fällen dienen Moscheebaukonflikte dazu, dass derartige Fragen zur Sprache kommen. Erst jedoch durch das Aussprechen von Fragen und Kritik wird ein Konflikt manifest und eine Lösung kann angegangen werden. Wenn die hierdurch entstandene Debatte konstruktiv verläuft, können sich beide Parteien einander annähern. Falls sich jedoch nach einer Dialogveranstaltung die Meinungen beider Seiten eher verfestigt haben, trägt dies nicht zu einer Lösung bei.

In diesem Sinne kann beispielhaft das Abebben der Konflikte um die Moschee in Berlin-Heinersdorf verstanden werden, die im Sommer 2008 fertiggestellt wird. Der Imam der dortigen Ahmadiyya-Gemeinde, Abdul Basit Tariq, berichtete, dass in

den letzten Monaten die Konflikte abgenommen hätten. Die dortige Moschee ist, neben der Funktion als Gebetsraum, auch als Ort der Begegnung gedacht. In diesem Fall ist die Moschee gleichzeitig ein Symbol für Integration. Andererseits kann es integrationshemmend wirken, wenn dort Jugend- und andere Sozialarbeit in eigener religiöser Prägung geleistet wird. Unter Umständen wird die Moschee dann als Symbol für Desintegration empfunden. Die Intensität, mit der Konflikte um Moscheen zum Teil geführt werden, lässt sich jedenfalls als Indikator dafür deuten, dass die Integration des Islam noch nicht so weit erfolgt ist, wie sie sein sollte (Joost).

Moscheebaukonflikte bergen die Gefahr, dass bestimmte Gruppen wie beispielsweise Rechtsextreme sie für ihre Zwecke instrumentalisieren. Allzu häufig besetzen rechtsextreme Gruppierungen eine ablehnende Position gegen Moscheebau. In der Folge werden kritische Äußerungen Dritter zu Moscheebauten leicht in die rechte Ecke gestellt. Aus einer ablehnenden Haltung folgt jedoch nicht, dass derjenige, der diese Haltung vertritt, auch dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden kann. Es ist berechtigt und legitim, dass man „nicht alle Bauträger gleichermaßen enthusiastisch begrüßen muss“ (Schmitt). Wichtig ist, die „Balance in der öffentlichen Debatte zu finden“ (Lau).

Im Rahmen ihrer Bauabsichten werden Moscheevereine schnell von der Mehrheitsgesellschaft überfordert. Durch Planung und Durchführung eines Moscheebaus wird die entsprechende Gemeinde in den globalen Diskurs über den Islam eingebunden und muss sich nicht nur zu ihrem Moscheebau äußern, sondern auch zu anderen



Dr. Angela Joost

Themenfeldern Stellung beziehen wie etwa Terrorismus/Islamismus, die Stellung der Frau im Islam, das Kopftuch etc. Die Mehrheitsgesellschaft erwartet von Muslimen, dass sie sich einem zivilgesellschaftlichen Diskurs über ihr Bauprojekt stellen, die Fragen der Anwohner der Moschee umfassend beantwortet werden und die Moscheegemeinde die Öffentlichkeit über das geplante Vorhaben informiert. Moscheevereine bauen „nicht deshalb eine Moschee, weil sie gerne in die Debatte über das Kopftuch einsteigen möchten oder über den Begriff des Dschihad diskutieren möchten. Das kommt aber jetzt massiv auf sie zu, weil sie plötzlich sichtbar sind“ (Lau). Dies zeigt, dass die Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft an Moscheevereine sehr hoch sind und es daher für diese umso schwerer ist, diese zu erfüllen. Es gibt nur wenige hauptamtliche Mitarbeiter in einem Moscheeverein, die in der Lage sind, professionell auf solche Anfragen zu reagieren; die Mehrheit der Mitarbeiter engagiert sich ehrenamtlich in den Vereinen. Wie diese Überforderung konkret aussehen kann, verdeutlichte Tariq an einem Erfahrungsbericht. Auf einer Informationsveranstaltung wurden ihm ca. 150 Fragen in drei Stunden gestellt. Nach Ende der Veranstaltung wurde ihm vorgeworfen, nicht alle



Abdul Basit Tariq

Fragen beantwortet zu haben, von denen sich die wenigsten um den eigentlichen Moscheebau drehen. „Der Moscheebau war kaum das Problem. Das Problem ist allgemeinerer Natur: Islam, Islamismus, Terrorismus und Gewalt“ (Tariq).

Moscheebaukonflikte finden nicht losgelöst im luftleeren Raum statt, sondern wirken auf alltägliche Konflikte mit Muslimen auf Moscheebaukonflikte zurück. Moscheebauten werden nicht mehr unabhängig und „objektiv“ bewertet, sondern mit vorhergegangenen Negativerfahrungen verknüpft. Zweitens kann durch eine negative Interpretation des Symbols Moschee der Streit zusätzlich angefacht werden. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass rechtsextreme Gruppierungen die Diskussion instrumentalisieren und hierdurch konfliktfördernd wirken. Schließlich ist es möglich, dass durch eine Überforderung der Moscheevereine eine Abwehrreaktion provoziert wird, die nicht zu einer Lösung des Konflikts beiträgt.

4. Kommunikationsbezogene Dimension

Die Mehrheitsgesellschaft erwartet umfassende Informationen zu projektierten Moscheebauten. Aus praktischen Gründen ist es aber meist nicht möglich, jedem Einzelnen individuell seine Fragen ausreichend zu beantworten, was dann schnell als Informationsverweigerung empfunden wird. Ein häufig anzutreffendes Kommunikationsproblem liegt zum Teil in einem ungeschickten Kommunikations- und Informationsverhalten der Muslime begründet. Dies ist zum Beispiel gegeben, wenn Anwohner nicht oder zu spät über eine geplante Moschee informiert werden und erst durch Medienberichte davon erfahren, dass die Planungen bereits weit fortgeschritten sind. „Das ist ein Verfahren, das nicht dazu geeignet ist, ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Moscheeverein und der Bevölkerung herzustellen“ (Joost). Gleichsam wichtig ist eine transparente Informationsweitergabe. Fehlt es in diesem Kontext an Offenheit, so bietet sich hier ein guter Nährboden für Misstrauen.

Problematisches Kommunikationsverhalten kann dann wiederum als Türöffner für eine rechtsextreme Vereinnahmung des Konflikts genutzt werden (Johnson). Aus dem entstehenden Misstrauen schlagen rechtsextreme Gruppierungen Kapital, indem sie die ablehnende Position besetzen und damit explizit aussprechen, was andere sonst nicht artikulieren. Die Zustimmung von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zu dieser Position entspricht damit gleichzeitig der Zustimmung zu einer offiziell von Rechtsextremen vertretenen Position. Die Akzeptanz der ablehnenden Position kann dann wiederum zu

rechtsextremer Stimmungsmache instrumentalisiert werden.

Wie können Moscheevereine und die Mehrheitsgesellschaft mit diesen Problemen umgehen? Joost betont die Wichtigkeit von Dialogveranstaltungen und Arbeitskreisen, in denen Fragen der Mehrheitsgesellschaft aufgenommen und ernst genommen werden. Solche Veranstaltungen helfen den Konflikt zu entschärfen, da sie dazu beitragen, den genauen Konfliktkern zu ermitteln und von weiterführenden Fragen und Befürchtungen zu trennen. Die dadurch entstehende Versachlichung erlaubt eine „Konzentration auf das konkrete Projekt und auf die konkreten Beteiligten“ (Joost) und fördert bestenfalls die Lösung des Konflikts.

Abschließend sind zwei konfliktvermeidende Strategien hervorzuheben. Joost weist auf die Wichtigkeit von Dialogveranstaltungen hin, da dort die Möglichkeit besteht, dass betroffene Anwohner Antworten auf ihre konkreten Fragen erhalten und Moscheebauvereine sich selbst sowie ihr Moscheekonzept vorstellen. Damit sollen Missverständnisse und Vorurteile ausgeräumt und gute Nachbarschaftsbeziehungen aufgebaut werden. Zweitens besteht die Möglichkeit, Moscheen positiv als Orte der Begegnung zu deuten. Betroffene Akteure wie etwa der Bürgermeister und der Bauausschuss der betroffenen Stadt, berichtende Journalisten, die Moscheevereine und zivilgesellschaftliche Akteure sollten sich um die Vermittlung eines positiven Moscheebildes bemühen.



Biogramme der Referentinnen und Referenten



Dr. Rita Breuer ist Islamwissenschaftlerin und arbeitete in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Themenschwerpunkte sind Frauen, Familie und Geschlechterbeziehungen im Islam sowie Islam in Deutschland. Sie ist Autorin der Bücher „Zwischen Ramadan und Reeperbahn. Die schwierige Gratwanderung der muslimischen Minderheit“ (2006) und „Familienleben im Islam – Traditionen, Konflikte, Vorurteile“ (2002).



Ian Johnson ist Berliner Korrespondent des Wall Street Journal. Der Pulitzer-Preisträger recherchierte unter anderem über die Muslimbrüder und engagiert sich in der Anwohnerinitiative „Menschen am Mierendorffplatz“, in deren Nachbarschaft der islamische Verein Inssan eine Großmoschee bauen möchte.



Dr. Angela Joost arbeitet als Soziologin am Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur in Frankfurt/Main. Sie ist Koautorin des Buches „Der Weg zur Moschee – eine Handreichung für die Praxis“ (mit Claus Leggewie und Stefan Rech).



Dr. Johannes Kandel ist Leiter des Referates Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung



Jörg Lau ist Feuilleton-Redakteur bei der ZEIT und publiziert dort unter anderem zum Thema „Islam in Deutschland“. Davor studierte er Germanistik und Philosophie in Bochum, schrieb für MERKUR, die taz und die FAZ.



Dr. Thomas Schmitt arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am geographischen Institut der Universität Bonn. Er forscht unter anderem im Bereich der Religionsgeographie und ist seit 2006 Sprecher des Arbeitskreises Religionsgeographie in der Deutschen Gesellschaft für Geographie. Er promovierte über „Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung“ (2003).



Abdul Basit Tariq ist Imam der Ahmadiyya Jama'at Gemeinde in Berlin, die momentan in Berlin-Heinersdorf eine Moschee baut. Er studierte zunächst Religionswissenschaften und anschließend Germanistik in Islamabad, Pakistan, und lebt seit 25 Jahren in Deutschland.

Bisher erschienen:



- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik:
Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzzprogramm der SPD
Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Globalisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
Der „Bremer Entwurf“ für ein neues
Grundsatzzprogramm der SPD in der Debatte
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des
21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Grundwerteforum21: Gerechtigkeit –
Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland –
Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
Perspektiven eines modernen Religionsgemeinschaftsrechts
- Nr. 21 Antisemitismus
Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Forum Soziale Demokratie
Jung, politisch, sucht – Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Die Würde des Menschen ist unantastbar
Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld
internationaler Politik